


ÖSTERREICHISCHE NOTARIATSKAMMER

Wien, am 28. Juni 1989
GZ. 252/89, G.

An das
Präsidium des Nationalrates

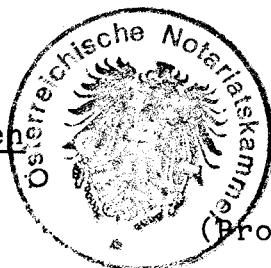
Parlament
1010 W i e n

Betritt	GESETZENTWURF
Zl.	38 GE 98f
Datum:	- 4. JULI 1989
Verteilt	7.7.89 <i>Kittl</i>

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Mutterschutzgesetz und das Hausbe-
sorgergesetz geändert wird, GZ. 31.251/54-V/2/1989

Die Österreichische Notariatskammer übersendet in der Anlage
25 Ausfertigungen ihrer Stellungnahme zu obigem Gesetzentwurf.

25 Beilagen



Der Präsident:

(Prof. Dr. Kurt Wagner)

**Ö S T E R R E I C H I S C H E N O T A R I A T S K A M M E R**

Wien, am 28. Juni 1989
GZ. 252/89, G.

An das
Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
1070 W i e n

Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Mutterschutzgesetz und das Hausbe-
sorgergesetz geändert wird, GZ. 31.251/54-V/2/1989

Die gefertigte Notariatskammer dankt für die Zumittlung des Entwurfes eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz und das Hausbesorgergesetz geändert wird (MRG-Novelle 1989) zur Stellungnahme.

Die gefertigte Notariatskammer sieht für die geplante Novelle keine Notwendigkeit und hält sie für überflüssig. Mit aller Entschiedenheit spricht sie sich aber gegen die Bestimmungen der § 3 (6) (Meldepflicht des Dienstgebers) und § 10 (3, 4) (Beweislastumkehr) aus. Diese Bestimmungen führen nur zu einer sinnlosen weiteren administrativen Belastung der Dienstgeber, ohne dem anständigen Dienstnehmer Vorteile zu bringen.

Die gefertigte Notariatskammer hofft, daß zumindest die zwei angeführten Bestimmungen entfallen bzw. besser geregelt werden.

Gleichzeitig ergehen 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates.



Der Präsident:

(Prof. Dr. Kurt Wagner)

1010 WIEN, LANDESGERICHTSSTRASSE 20 · TELEFON 42 45 09, 42 62 34